

# **Was der Euro vom Franken lernen könnte**

René L. Frey

Artikel erschienen in *Basler Zeitung*, 25. Juli 2011, S. 12

Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik No. 2011-02

*Warum ist Graubünden nie in die Situation von Griechenland geraten?*

## Was der Euro vom Franken lernen könnte

Prof. Dr. René L. Frey

em. Ordinarius für Nationalökonomie, Universität Basel

CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts, Basel und Zürich

In dieser Kolumne geht es weder um den schlingenden Euro noch um den immer stärker werdenden Schweizerfranken, so wichtig dieses Thema heute auch ist. Vielmehr interessiert, wie diese beiden Währungen entstanden sind und warum die eine mit Problemen kämpft, während die andere über die Jahrzehnte hinweg immer stärker wurde.

Zwischen der Schaffung des schweizerischen Bundesstaates Mitte des 19. Jahrhunderts und der Schaffung der EWG rund hundert Jahre später lassen sich zahlreiche Parallelen feststellen. Beide Male ging es darum, staatliche Strukturen und Regelungen den grossräumiger gewordenen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Ziel war der einheitliche schweizerische bzw. europäische Binnenmarkt. Unter anderem wurden die Binnenzölle und andere Handelshemmnisse abgeschafft sowie rechtliche Grundlagen vereinheitlicht. In beiden Fällen dauerte der Integrationsprozess viele Jahrzehnte – und ist noch immer nicht abgeschlossen.

In einem Punkt besteht freilich ein Unterschied: Während die Schweiz gleich mit der Gründung des Bundesstaates den Franken als gemeinsame Währung einführte, wagte die EU diesen Schritt erst sehr viel später, zudem nicht «flächendeckend». Ein Grund dürfte darin zu suchen sein, dass sich die EU als Staatenbund und nicht als Bundesstaat versteht, ein zweiter, dass der europäische Integrationsprozess zahlreiche geografische Vergrösserungen zu verkräften hatte. Vielleicht noch wichtiger war drittens die Befürchtung, dass eine gemeinsame Währung Paritätsanpassungen zum Ausgleich von Zahlungsbilanzungleichgewichten verunmöglicht. Auf dieses Problem wiesen bei der Schaffung des Euro viele Ökonomen warnend hin. Sie waren skeptisch, ob er angesichts der grossen Entwicklungs- und Kulturunterschiede langfristig erfolgreich sein könne. Die Politik hat darauf mit den *Maastricht-Kriterien* reagiert: Die Staatsdefizite dürfen 3 Prozent, die Staatsschulden 60 Prozent des BIP nicht übersteigen. Diese guten Vorsätze hat man dann allerdings bei der «ersschlechten» Gelegenheit, der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre, sofort vergessen. Nun hängt das Damoklesschwert der Staatsverschuldung über dem Euro-Raum. Warum hat sich dieses Problem in der Schweiz nie gestellt? Schliesslich waren und sind auch in unse-

rer Wirtschafts- und Währungsunion Gebietskörperschaften höchst unterschiedlicher wirtschaftlicher Stärke vereinigt. Warum ist Graubünden nie in die Situation von Griechenland, das Wallis nie in die Situation von Portugal, der Jura nie in die Situation von Irland geraten? Zwei Erklärungen bieten sich an.

- *Regionaler Ausgleich:* Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts erlaubte die Landflucht ein hohes Wirtschaftswachstum. Mit steigendem Wohlstand wurde der Ausgleichsmechanismus Abwanderung aus wirtschaftsschwachen Regionen in die Wachstumskantone als nicht mehr zumutbar empfunden. Es entwickelte sich in den Köpfen der Schweizer ein ungeschriebenes Recht auf Heimat. Um den Abwanderungsdruck zu lindern, schuf der Bund schrittweise eine «Transferunion». Geld wurde über unterschiedlichste Kanäle von den finanzstarken Kantonen in die finanzschwachen umverteilt – zunächst über die Agrarpolitik, später über die Infrastruktur-, die Sozial- und die Regionalpolitik sowie den Finanzausgleich.

Der schleichende Übergang zur Transferunion erfolgte in der Schweiz unsystematisch. Zudem wurde das Ziel des regionalen Ausgleichs nur ungenügend und mit zu hohen Kosten erreicht. Als in den 1990er-Jahren die Globalisierung und der internationale Standortwettbewerb auch den öffentlichen Bereich unter Druck setzten, waren die Schweizer immer weniger bereit, Ineffizienzen zu tolerieren. Reformen wurden eingeleitet. 2008 trat der Neue Finanzausgleich (NFA) in Kraft, gleichzeitig mit der Neuen Regionalpolitik (NRP). Der NFA übernahm den regionalen Ausgleich, während die NRP und andere Politikbereiche vom Ziel des Abbaus regionaler Disparitäten entlastet, stattdessen auf Wachstum und Innovation ausgerichtet wurden.

- *Föderativer Wettbewerb:* In der Schweiz verfügen die Kantone und Gemeinden nach wie vor über eine hohe Autonomie. Sie haben aber auch eine hohe Selbstverantwortung. Gemeinden können nicht einfach zu ihrem Kanton, Kantone nicht einfach zum Bund gehen, wenn sie in finanzielle Schieflage geraten sind, und Hilfe beanspruchen. Die Gebietskörperschaften unterliegen dadurch

einem permanenten Druck, ihre öffentlichen Leistungen auf die Bedürfnisse der Bevölkerung auszurichten, sie kostengünstig zu erbringen und die Ausgaben selbst zu finanzieren. Sonst droht als «Strafe» der Wegzug von Steuerzahlern. Neben dieser sog. «Abstimmung mit den Füßen» können die Bürger dank Initiative und Referendum direkt Einfluss auf die Staatstätigkeit nehmen. Sie können auch Steuersenkungen erzwingen. Und mit der Schuldenbremse haben sie das Schlupfloch Staatsverschuldung gestopft.

In den EU-Ländern fehlen solche Kontrollmechanismen. Die Frage drängt sich auf: Könnten die genannten «Erfolgsfaktoren» der Schweiz der EU helfen, gewisse Mängel des Währungssystems zu mildern? Diese Frage ist darum entscheidend, weil die Schwächen des Euro solange bestehen bleiben, als die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Mitgliedsländer krass unterschiedlich ist. Sofern die EU aus politischen Gründen am Euro festhält, gibt es eigentlich nur eine Lösung: die Schaffung eines Transfer- und Wettbewerbssystems, das regionale Disparitäten wirksam abbaut und gleichzeitig Anreize zu einer effizienten Staatstätigkeit schafft. Ob der Euro überhaupt gerettet werden kann und soll, ist eine andere Frage.